

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung

53. Sitzung
25. Juni 2026

Beginn: 14.03 Uhr
Schluss: 16.20 Uhr
Vorsitz: Ülker Radziwill (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorsitzende Ülker Radziwill stellt fest, dass vor der Sitzung keine schriftlichen Fragen eingereicht worden seien.

Katina Schubert (LINKE) verweist auf das am Vortag veröffentlichte zivilgesellschaftliche Lagebild zu antimuslimischem Rassismus, das einen deutlichen Anstieg der dokumentierten Fälle ausweise. Wie bewerte der Senat dieses Lagebild?

Vorsitzende Ülker Radziwill erinnert daran, dass sich der Ausschuss auf die schriftliche Einreichung von Fragen im Vorfeld verständigt habe.

Katina Schubert (LINKE) entgegnet, das Lagebild sei erst am Vortag veröffentlicht worden.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) erklärt, SenASGIVA habe die besorgniserregenden Zahlen von CLAIM zur Kenntnis genommen und bereits in den vergangenen Monaten verschiedene Maßnahmen eingeleitet, darunter die Einsetzung einer Ansprechperson für antimuslimischen Rassismus. Die Eckpunkte, die am Internationalen Tag gegen Islamfeindlichkeit von der Ansprechperson vorgestellt worden seien, sollten in eine Landesstrategie einfließen.

Katina Schubert (LINKE) weist darauf hin, dass CLAIM und weitere zivilgesellschaftliche Organisationen von einer hohen Dunkelziffer ausgingen. Diese sei auch darauf zurückzuführen, dass Polizei und Behörden antimuslimischen Rassismus häufig nicht als strukturelles Problem anerkannten. Verfolge der Senat nach dem Scheitern der Enquete-Kommission andere Ansätze?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) betont, die demokratischen Fraktionen seien sich einig, dass die rund 400 000 Angehörigen der muslimischen Community in Berlin geschützt und unterstützt werden müssten. Beispielsweise seien die Mittel für CLAIM aufgestockt und eine Expertinnen- und Expertenkommission eingesetzt worden.

Ario Ebrahimpour Mirzaie (GRÜNE) teilt mit, die Gesellschaft für Freiheitsrechte habe heute ein Gutachten vorgelegt, das die AfD als verfassungswidrig einstufe und ein AfD-Verbotsverfahren für realistisch halte. Wie sei der aktuelle Stand des Verbotsverfahrens im Bundesrat vor dem Hintergrund des Beschlusses des Abgeordnetenhauses vom Dezember 2025?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) antwortet, hierzu liefen Gespräche mit der Innenverwaltung. Sie begrüße die Initiative der Koalitionsfraktionen für ein AfD-Verbotsverfahren. Die Abstimmungen mit der Bundesebene seien jedoch noch nicht abgeschlossen. Zum Schutz der Demokratie sei ein gemeinsames Vorgehen erforderlich.

Ario Ebrahimpour Mirzaie (GRÜNE) fragt, ob Senatorin Spranger den Senat über den aktuellen Stand des weiteren Vorgehens Berlins im Bundesrat informiert habe.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) erklärt, sie könne nicht für die Innenverwaltung sprechen. Nach ihrer Kenntnis sei das Thema bei der heutigen Senatssitzung nicht behandelt worden.

Orkan Özdemir (SPD) fragt, ob es zutreffe, dass insbesondere die CDU-geführten Senatsmitglieder nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts in Nordrhein-Westfalen zunächst von der Bundesratsinitiative Abstand nähmen und den Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Münster abwarten wollten.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) erklärt, dazu gebe es unterschiedliche Haltungen. Sie selbst unterstütze den Beschluss des Abgeordnetenhauses.

Der **Ausschuss** schließt Punkt 1 der Tagesordnung ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) berichtet, dass die Gleichstellungs- und Frauenministerinnen- und -ministerkonferenz – GFMK – am 18. und 19. Juni getagt habe. Berlin habe vier Anträge eingebracht, die sämtlich beschlossen worden seien. Der einstimmig angenommene Leitantrag „Gleichwertige Teilhabe durch Ressourcengerechtigkeit – Armut von

Frauen ganzheitlich verstehen und wirksam begegnen“ habe die Konferenz geprägt. Im Mittelpunkt habe die Ressourcengerechtigkeit von Frauen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft gestanden. Darüber hinaus seien die Berliner Anträge „Digitale Teilhabechancen für von Armut gefährdete Frauen sicherstellen“, „Geschlechtergerechte Erforschung von Berufskrankheiten“ sowie „Fortentwicklung des Aufenthaltsgesetzes im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit“ beschlossen worden. Letzterer sehe unter anderem einen Gleichstellungsscheck des Aufenthaltsgesetzes vor, um strukturelle Benachteiligungen von Frauen und Kindern abzubauen. Zudem habe sich die GFMK für die Fortsetzung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ ausgesprochen.

Am 20. Juni habe die Marzahn Pride 2026 unter dem Motto „Sichtbarkeit ist Widerstand“ stattgefunden. Freiheit für queeres Leben setze Antirassismus, Feminismus, soziale Gerechtigkeit, Respekt, Sichtbarkeit und Widerstand voraus. Sie danke allen Beteiligten für ihr Engagement.

Beim heutigen Queerempfang hätten queere Lebensperspektiven sowie das Ziel einer freien und vielfältigen Gesellschaft im Mittelpunkt gestanden.

Zudem sei eine Bundesratsinitiative zur Erweiterung des Artikels 3 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes gestartet worden. Als Beauftragte des Bundesrates werde sie die Bundesratspräsidentin in der kommenden Woche auf die Behandlung der Initiative ansprechen. Sie danke dem Abgeordnetenhaus für seine Unterstützung.

Der **Ausschuss** schließt Punkt 2 der Tagesordnung ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Queerfeindliche Gewalt im Netz – Vorstellung der
neuen Fachstelle digitale Gewalt „QueerSafe“**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0271](#)
IntGleich

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

- | | | |
|------|--|-----------------------------------|
| a) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Queere Räume sichern
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke) | 0270
IntGleich |
|
 | | |
| b) | Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/2811
Queere Räume sichern, die Zeit drängt! – Berlin
braucht zügig ein Landeskonzzept zum Erhalt
queerer Orte | 0243
IntGleich |

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.